Erscheint täglich früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inſ.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 364. Donnerstag den 30. December 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Montag, am 3. Januar 1887, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorstehers und der beiden Vicevorsteher.
II. Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses.
III. Bestimmung eines neugewählten Mitgliedes aus der Classe der Ansässigen und eines solchen aus der Classe der Unansässigen durch das Loos, welche Beide Ende 1887 auszuscheiden haben.

Für das Unterlassen der Zusendung von Neujahrskarten zahlten ferner an das Armenamt:

Herr	Stadtrath Nagel	6 ℳ — ₰
"	" Wagner	6 " — "
"	" Scharf	6 " — "
"	" Dürr	6 " — "
"	Archidiakonus Dr. Gräfe	6 " — "
"	Gustav Plaut	6 " — "
"	Sieskind-Sieskind	6 " — "
"	Spediteur Moritz Merfeld	6 " — "
"	Architekt Moritz Münch	6 " — "
"	Kaufm. Friedrich Houchet	6 " — "
"	" Josef Finkelstein	6 " — "
"	" Robert Leue } Fa.: Leue & Weiße	6 " — "
"	" Carl Schilling } Fa.: Leue & Weiße	6 " — "
"	Consul Beckmann	6 " — "
"	Carl August Becker	6 " — "
"	Rechtsanwalt Carl Scherz	6 " — "
"	Franz Eduard Steinbach	6 " — "

worüber wir hiermit dankend quittiren.

Leipzig, den 29. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig. (Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Seidel.

Bekanntmachung.

Die auf den **31. dieses Monats** an der **Connewitzer Linie** unweit der **weißen Brücke** anberaumte **Holzhaufen-Auction** wird mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse hiermit aufgehoben.

Leipzig, am 27. December 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Einladung.

Nach einer am 1. December d. J. von den zunächst Betheiligten getroffenen Vereinbarung sollen monatlich zweimal, und zwar **jedesmal am 1. und 3. Mittwoch des Monats,**

Börsen-Tage für Wolle und Wollengarn

in der Neuen Börse zu Leipzig abgehalten werden. **Der 1. dieser** Börsen-Tage findet

Mittwoch, den 5. Januar 1887

statt. Demselben wird eine Vormittags 11 Uhr im kleinen Saale der Neuen Börse abzuhaltende Besprechung vorausgehen, zu welcher alle Interessenten des Wollengewerbes hierdurch eingeladen werden; den außerhalb des Handelskammerbezirks Leipzig wohnenden Theilnehmern werden auf Anmeldung Karten zum Besuch der Börse kostenfrei ausgefertigt. Bis jetzt haben über dreißig auswärtige Firmen ihre Theilnahme an den Börsen-Tagen zugesagt, und zwar aus folgenden Orten: Apolda, Chemnitz, Dessau, Gera, Hartha, Mittweida, Oschatz, Pößneck, Rochlitz, Ronneburg, Schönau, Teichwolframsdorf, Tessin, Werdau, Wilkau und Zwickau-Schedewitz.

Leipzig, den 28. December 1886.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.

Holz-Auction.

Von den auf dem Zweenfurter Forstreviere im **Eichholz,** in den Abtheilungen 41 und 43 aufbereiteten Hölzern sollen

Montag, den 10. Januar 1887, von Vormittags ½10 Uhr an

73 eichene Klötzer,	10—112 cm stark,	2,5—9 m lang,
245 weißbuch. "	8—50 " "	2—7 " "
63 rüsterne "	8—75 " "	2,5—8 " "
199 eichene "	9—31 " "	} 3—6 " "
29 ahorne "	8—27 " "	} 3—6 " "
30 erlene "	8—15 " "	3—4 " "
38 eichene, 692 eichene, 14 rüsterne }	Stangenklötzer 7—12 cm stark,	2,5—4 m lang,
8 Rm eichene Nutzscheite		

und

Dienstag, den 11. desselben Monats, ebenfalls von Vormittags ½10 Uhr an

68 Rm harte	Brennscheite,
19 " "	Brennknüppel,
43 " "	Zacken,
2 " hartes	Bruchholz,
375 " "	Brennreisig,
32 " harte	Langhaufen,
59 " "	Stöcke

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Schlage an der sogenannten Halbinsel. Geldeinnahme im Gasthofe „zum Kronprinz" in Zweenfurth.

Königl. Forstrevierverwaltung Zweenfurth und königl. Forstrentamt Wurzen, den 27. December 1886.
Semler. Bachmann.

Nichtamtlicher Theil.

Die öffentliche Kundgebung für Annahme der Militairvorlage.

* Schon gestern ward an anderer Stelle auf die Wichtigkeit der Kundgebung für die Militairvorlage hingewiesen, welche eine Anzahl von Männern hiesiger Stadt, aus verschiedenen Berufskreisen und von verschiedener politischer Richtung, in einer für **heute,** Donnerstag, Abend 8 Uhr, im Krystallpalast anberaumten öffentlichen Versammlung beabsichtigen.

Das Bedürfniß einer solchen Kundgebung, der Wunsch, daß die von den verbündeten Regierungen dem Reichstag unterbreitete Gesetzesvorlage wegen Steigerung unserer nationalen Wehrkraft von Seiten des Letztern unverzögerte und unbeanstandete Annahme finde, dieser Wunsch ist, wir glauben uns darin nicht zu täuschen, in unserer Stadt und im ganzen Vaterlande ein weitverbreiteter.

Haben doch sogar mehrere namhafte Mitglieder derselben Partei, deren Wortführer im Reichstage die Regierungsvorlage bekämpften, einem solchen Wunsche bereits öffentlichen Ausdruck gegeben.

In der That sollte hier, wo es das höchste Interesse der ganzen Nation, die Sicherheit des Reiches, gilt, jede Parteistimme schweigen und jeder Einzelne für sein Theil dazu helfen, daß Alles geschehe, was jenes höchste Interesse gebieterisch erheischt. Was dieses sei, darüber steht aber doch gewiß den vielbewährten, von ganz Europa angestaunten Rathgebern unseres glorreichen Kaisers im Cabinet und im Felde, einem Bismarck und einem Moltke, ein so sicheres Urtheil zu, daß sie nichts fordern werden, was nicht unumgänglich nothwendig ist, aber auch auf nichts verzichten, was sie nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung für unentbehrlich halten.

Wenn wir im wohlberechtigten Vertrauen zu solchen Männern, vor Allem zu unserem allverehrten Kaiser selbst, der sicherlich nicht leichten Herzens und nur im vollen Bewußtsein der dringenden Sachlage und seiner Verantwortlichkeit vor Gott für des Reiches Wohl und Wehe von den deutschen Völkern neue Opfer verlangt, unseren Vertretern im Reichstage ans Herz legen, sie möchten diesen Autoritäten sich anschließen, so erfüllen wir nur eine patriotische Pflicht.

Möge denn dieser Pflichterfüllung sich keiner unserer Mitbürger entziehen! Möge keiner denken: „Auf Dich kommt es nicht an, es werden ohne Dich schon genug zur Stelle sein!" Wohl kommt es auf jeden Mann und jede Stimme an! Nicht blos dem Reichstag gegenüber, damit dieser den wahren Ausdruck der Volksstimmung kennen lerne, den er dann gewiß nicht unbeachtet lassen wird, sondern auch gegenüber dem Auslande, damit dieses sich überzeuge, daß hinter der deutschen Regierung allzeit die deutsche Nation steht, so oft es gilt, die zwar friedliebende, aber auch gegen jeden Angriff zur Abwehr bereite Politik derselben auf das Kräftigste zu unterstützen.

Rückblicke auf das Jahr 1886.

II.

Deutschlands auswärtige Politik war auch im vergangenen Jahre wie seit der Neubegründung des Deutschen Reiches in erster Linie auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet. Noch nie zuvor seit Beendigung des deutsch-französischen Krieges war die Gefahr einer Friedensstörung so groß wie während der Krisis des Jahres 1886, die leider noch fortdauert und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Es liegt in der Natur der diplomatischen Beziehungen, daß sie während kritischer Lagen nicht offen zu Tage liegen, sondern daß der Schleier des Geheimnisses, welcher sie verhüllt, erst gehoben wird, wenn die Gefahr vorüber ist. Wir sind deshalb auf die Beobachtung derjenigen Vorgänge beschränkt, welche durch die Presse bekannt geworden sind.

Beim Beginn des Jahres war die öffentliche Aufmerksamkeit auf die griechischen Rüstungen gerichtet, und Deutschland war mit den übrigen Großmächten bemüht, Griechenland zur Abrüstung zu veranlassen. Diesem Zwecke diente die Gesammtnote der Mächte vom 25. Januar, welche kategorisch erklärte, daß Europa einen griechischen Angriff zur See gegen die Türkei nicht dulden werde. Da diese Note nicht die gehoffte Wirkung hatte, so erhielt Griechenland am 6. Mai ein Ultimatum mit der Ankündigung, daß die Gesandten abreisen und über die griechische Küste die Blockade verhängt werden würde. Den Worten folgte die That, am 7. Mai verließen die Gesandten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Englands und Italiens Athen, und England führte im Einverständniß mit den übrigen Mächten die Blockade aus. Bekanntlich blieb der französische Gesandte in Athen zurück. Erst Ende Mai fügte sich Griechenland den Weisungen der Mächte, und die Blockade wurde wieder aufgehoben, nicht ohne dem Lande empfindlichen materiellen Schaden gebracht zu haben.

Weit größere Gefahren als der griechisch-türkische Streit brachte die bulgarische Frage dem europäischen Frieden. Von entscheidender Bedeutung für die Entwickelung dieser Frage war die Annahme des russischen Vorschlages, den Fürsten Alexander nur auf die Dauer von fünf Jahren zum Generalgouverneur von Ostrumelien zu ernennen, durch die in Konstantinopel am 5. April zusammengetretenen Botschafter der Großmächte; denn dieser Beschluß erregte in Bulgarien tiefe Unzufriedenheit und führte in seinen Folgen zu der Abdankung des Fürsten und den daraus hervorgehenden Wirren. Die Gefahr, welche täglich drohender wurde, war die Möglichkeit eines Bruches zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn wegen der Verschiedenheit der beiderseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel. Graf Andrassy machte zuerst im ungarischen Abgeordnetenhause darauf aufmerksam, daß die Ernennung des Fürsten Alexander zum Generalgouverneur von Ostrumelien auf die Dauer von fünf Jahren nicht als die Lösung der bestehenden Schwierigkeiten, sondern als der Keim neuer schwerer Verwickelungen zu betrachten sei. Die deutsche Politik erkannte ihre Aufgabe von Anfang an darin, einem drohenden Zerwürfniß zwischen Rußland und Oesterreich vorzubeugen. Diesem Streben waren die Zusammenkünfte der Minister Kalnoky und Giers mit dem Fürsten Bismarck in Kissingen und in Franzensbad gewidmet, und diese Frage war es auch, welche den Hauptinhalt der Besprechungen der Kaiser von Deutschland und Oesterreich in Gastein bildete. In Ungarn herrschte offenbar die unrichtige Auffassung vor, daß Deutschland die Pflicht habe, Oesterreich-Ungarn im Falle eines Krieges mit Rußland als Bundesgenosse zur Seite zu stehen, aber Graf Kalnoky und Graf Taaffe ließen darüber keinen Zweifel bestehen, daß der Zweck des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn so weit nicht reiche. In dieser Beziehung bestand offenbar schon zur Zeit des Staatsstreichs vom 21. August, durch welchen Fürst Alexander von Bulgarien entthront wurde, volle Klarheit zwischen den Souveränen und den leitenden Staatsmännern, und deshalb konnte auch die Zurückhaltung Deutschlands in der bulgarischen Frage in Wien und Pest nicht überraschen.

Der deutsche Standpunct wurde unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 21. August in der „Nordd. Allg. Ztg." kurz und bündig dahin dargelegt, daß diese und andere Bewegungen in Bulgarien die deutschen Interessen nicht berühren, und eine ausführlichere Auseinandersetzung der Sachlage folgte alsbald, nachdem die öffentliche Meinung Zweifel an der Richtigkeit dieser Politik geäußert hatte, durch dasselbe Organ. Die „Nordd. Allg. Ztg." lehnte in der Nummer vom 2. September die Zumuthung, daß Deutschland gegen die dem Fürsten Alexander durch Rußland widerfahrene Behandlung in einer Note Widerspruch erheben solle, mit dem Bemerken ab, daß eine solche Note von Rußland eine energische Zurückweisung erfahren und den Krieg zur Folge haben werde. Das Kanzlerblatt erinnerte an die Carolinenfrage und warnte vor der künstlichen Erregung und Irreführung des Volkes durch Artikel, wie sie die ultramontanen und freisinnigen Blätter brachten. Die Herren Richter und Windthorst würden bald Gelegenheit finden, ihre Battenberg'sche Politik von der Tribüne des Reichstages herab zu verkünden. Der Reichstag trat dann bald darauf zur Bestätigung des Handelsvertrags mit Spanien zusammen, aber die Besprechung der bulgarischen Frage unterblieb.

Die österreichische Auffassung von der Natur des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wurde vom Grafen Kalnoky in der Sitzung des ungarischen Delegationsausschusses vom 13. November in folgender Weise ausgedrückt: „Es ist selbstverständlich, daß zwei Großstaaten von solcher Ausdehnung, die vom Baltischen Meere bis zur Adria reicht, auch Sonderinteressen haben, welche vollkommen außerhalb der Interessensphäre des anderen liegen können. Die deutsche Regierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie Bulgarien nur insoweit interessirt, als damit der Friede im Orient und in Europa in Verbindung steht. Der Reichskanzler hat diesen Standpunct festgehalten, und demgemäß hat er auch nicht für Bulgarien und nicht für Wünsche einer oder der anderen Macht, sondern für den Frieden seine Rathschläge gegeben und seine vermittelnde Thätigkeit entfaltet." Graf Moltke hat dann im deutschen Reichstage drei Wochen später diese Erklärung dahin ergänzt, daß trotz des Werthes des österreichischen Bündnisses für Deutschland doch ein großer Staat nur durch seine eigene Kraft bestehe, und damit die Ueberzeugung ausgesprochen, welche in der Brust jedes Deutschen, der sein Vaterland liebt, lebendig ist, unbeschadet der Sympathie für den österreichischen Verbündeten.

Deutschlands Beziehungen zu Frankreich haben im vergangenen Jahre sich nicht nach der Richtung weiter entfaltet, welche sie unter dem Ministerium Ferry eingeschlagen hatten, und die Schuld daran trägt die bulgarische Verwickelung. Die Panslawisten unter Führung Katkow's sind für das russisch-französische Bündniß begeistert, und unter dem Einfluß dieser Empfindung hat die russische Presse in der zweiten Hälfte des Jahres 1886 einen Ton gegen Deutschland angeschlagen, welcher schließlich den Einspruch des deutschen Botschafters in St. Petersburg nöthig machte. Daraufhin ist dann im „Russischen Regierungsanzeiger" ein Artikel erschienen, welcher in sehr gewundener Form zu dem Wunsche gelangt, daß die guten Beziehungen der beiden Reiche, welche schon manche Probe bestanden hätten, noch lange Jahre fortbestehen möchten. In ähnlicher Weise hat sich der Personenwechsel in der französischen Botschaft in Berlin vollzogen. Der neue Botschafter Jules Herbette äußerte bei der Antrittsaudienz: „Deutschland und Frankreich haben zahlreiche gemeinsame Interessen, und ich bin überzeugt, daß beide Länder mehr und mehr den Boden für eine vortheilhafte Verständigung finden werden." Und der Kaiser erwiderte: „Seien Sie überzeugt, daß Meine Mitwirkung Ihnen niemals fehlen wird, um jede Maßregel zu unterstützen, welche das von Ihnen bezeichnete versöhnliche und friedliche Ziel zu erreichen bezweckt." Mit diesen Erklärungen stimmt freilich die Haltung der französischen Volksvertretung und die verständnißvollen Blicke, welche diese mit der Regierung tauscht, ebensowenig überein, wie die Kundgebungen der französischen Presse.

Das Verhältniß Deutschlands zu England hat sich im Laufe des Jahres 1886 wesentlich gebessert. Es ist ein Vertrag über die Grenzen der beiderseitigen Gebiete auf Neuguinea abgeschlossen worden, und ein solcher über die ostafrikanischen Besitzungen der beiden Mächte ist dem Abschluß nahe. Die deutsche Colonisation in Afrika und Australien hat überhaupt im Laufe des Jahres an Ausbreitung und Festigkeit gewonnen, wie das die Einführung von Theilen der Reichsgesetzgebung in Westafrika und auf Neuguinea bewiesen hat. Auf Neuguinea ist durch den Landeshauptmann Freiherrn von Schleinitz eine geregelte Verwaltung eingerichtet worden, welche die besten Früchte verheißt. Leider sind die Verhältnisse in Ostafrika noch nicht so geregelt, wie es wünschenswerth wäre, aber die Zwistigkeiten, welche den Tod des Dr. Jühlke herbeigeführt haben, scheinen doch nur vorübergehender Natur zu sein.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf Italien, so bürgt die Erklärung, welche Graf Robilant in der Sitzung der italienischen Kammer vom 28 November abgegeben hat, dafür, daß die Beziehungen Deutschlands zu dieser Macht den freundschaftlichen Charakter behalten werden, welchen sie seit 20 Jahren gehabt haben. Graf Robilant nannte die Beziehungen zu Deutschland wie die zu Oesterreich-Ungarn herzlich und auf gegenseitigem Vertrauen beruhend und fügte hinzu, daß die Regierung sich dem Programm der Centralmächte angeschlossen habe und es sich angelegen sein lasse, das gegenseitige gute Einvernehmen immer inniger zu gestalten.

Aus den vorstehenden Andeutungen erhellt unzweifelhaft, daß Deutschland seine Friedenspolitik auch im vergangenen Jahre mit Erfolg durchgeführt und zur Geltung gebracht hat, und es bleibt uns nur übrig, dem Wunsche Worte zu leihen, daß dies auch in Zukunft gelingen möge, wenn wir uns auch darüber keiner Täuschung hingeben, daß die Schwierigkeiten, welche sich der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstellen, größer sind als je.

Leipzig, 30. December 1886.

* Die **Aussichten des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches** betreffend wird zu einem dieses Thema behandelnden Artikel, den verschiedene Blätter gebracht haben, berichtigend mitgetheilt, daß die Annahme irrig sei, dem **Reichstage** würden schon in der nächstjährigen Herbst-Session die bezüglichen Vorlagen zugehen können. Wenn vom **Bundesrathe** für das nächste Jahr die Veröffentlichung des Entwurfs des Reichscodex in Aussicht genommen sei, so solle damit der öffentlichen Meinung, insbesondere der deutschen Rechtswissenschaft und dem höheren Richterstand, Gelegenheit gegeben werden, sich über das Werk in wissenschaftlichen Schriften zu äußern. Hierfür dürfte eine einjährige Periode eher als zu kurz denn als zu lang anzusehen sein. Während dieser Zeit und nachher werde die Commission nochmals zusammentreten müssen, um diese wissenschaftliche Kritik zu verwerthen. Dann werde zunächst der Bundesrath das Wort haben, und es sei nicht anzunehmen, daß die Sache im Bundesrathe glatt durchgeht, vielmehr werde eine jede der verbündeten Regierungen sich Revisionsbemerkungen vorbehalten und demgemäß Anträge stellen. Dazwischen wird immerfort die Commission tagen müssen. Erst nach Durchlaufung dieses Stadiums könne der Entwurf an den Reichstag kommen.

* Der **Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins zu Kassel** hat an den **Reichstag** folgende **Petition** gerichtet:

Hoher Reichstag!

Nachdem der erste Theil der gegenwärtigen Session zu Ende gegangen ist, ohne daß die bestimmt ausgesprochene Hoffnung der verbündeten Regierungen auf Annahme der Militairvorlage vor den Weihnachtsferien sich erfüllt hatte, wollen wir, als die Mitglieder des Vorstandes des hiesigen nationalliberalen Wahlvereins, nicht unterlassen, auch unsererseits, und zwar in Uebereinstimmung mit den in der Versammlung unseres Vereins vom 13. d. M. einmüthig kundgegebenen Anschauungen auszusprechen, daß wir dieses Ergebniß auf das Tiefste beklagen. Wir müssen bezeugen, daß man in den weitesten Kreisen unseres Volks den Nutzen der von der Reichstags-Commission gefaßten Behandlung einer Vorlage nicht versteht, deren unbedingte Nothwendigkeit von der Reichsregierung in ernster Stunde mit ernsten Worten wiederholt dargelegt worden ist. — Im festen Vertrauen, daß die deutsche Heeresleitung dem deutschen Volke nur solche Opfer zumuthet, welche unerläßlich sind, um der Nation das kostbare Gut des Friedens zu erhalten oder, wenn es sein muß, das noch kostbarere Gut der Ehre und Unabhängigkeit denselben siegreich im Kampfe zu schützen, müssen wir es vorliegend als die den Interessen der Wähler allein entsprechende Aufgabe der Volksvertreter ansehen, die wohlerwogenen Forderungen der Reichsregierung ohne Verzögerung durch ihre Zustimmung zum Gesetz zu erheben. In dieser Ueberzeugung wissen wir uns eins mit dem weitaus überwiegenden Theil der hiesigen Wähler, und wir glauben und hoffen, daß gerade der Hinweis auf diese Thatsache, in Verbindung mit ähnlichen Kundgebungen aus dem gesammten deutschen Vaterland, der Bitte Nachdruck verleihen wird, die wir hiermit aussprechen.

Hoher Reichstag wolle der ihm zugegangenen Militairvorlage in thunlichster Beschleunigung die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen.

Kassel, den 23. December 1886.

W. Beinhauer. E. Beuther. F. Breithaupt. Ph. Döll. L. Ch. Dr. Gudemann. R. Golewitsch. F. Hackländer. Dr. Ed. Hornier. A. L. Pfeiffer. Dr. Kraner. H. Rabenstein. A. Schmidt. H. Schmidtmann. Dr. Wenck.

* Die von der **deutschen Partei in Tübingen** beschlossene **Adresse an den Reichstag** lautet:

An den deutschen Reichstag. Der Beschluß des Heeresausschusses hat wie in weiten Kreisen, so auch bei uns Erstaunen und Unwillen hervorgerufen. Das deutsche Heer soll demnach nicht diejenige Stärke erlangen, welche die bewährtesten Sachverständigen, an ihrer Spitze unser siegreicher Kaiser und sein ruhmbedeckter Feldmarschall, für unbedingt nothwendig erachten, und der Bestand des Heeres soll nur auf drei Jahre dem Streite der Parteien entrückt sein. Und dies zu einer Zeit, in welcher das Heer die wichtigste Grundlage unserer Wohlfahrt bildet; zu einer Zeit, in der sich Rachsucht, Haß und Neid gegen das neuerstandene deutsche Reich erheben; zu einer Zeit, wo der Tag vielleicht nicht mehr fern ist, da es gilt, in erneutem Ringen die Lebenskraft unseres Volkes zu erproben. Möge der Reichstag, mögen die Gewählten des deutschen Volkes sich ihrer Aufgabe bewußt sein und durch unveränderte Annahme der Vorlage ihre bessere Einsicht und vaterländische Gesinnung bewähren. Die Unterzeichneten wenigstens wollen keine Verantwortung dafür tragen, daß die Lebensinteressen des Volkes zum Gegenstand politischen Markens und Handelns gemacht werden, daß das Parteiinteresse höher gestellt werde als das Vaterland, und daß das Besserwissenwollen Einzelner das Dasein der Gesammtheit gefährde. Ernste Bilder ziehen am Horizont herauf; nicht nur die Zeiten des letzten Krieges, der schwere Opfer genug gekostet hat, können sich erneuern, sondern unsägliches Elend kann auf lange Zeit über Deutschland kommen. Mögen diejenigen, in deren Hände nunmehr die Entscheidung gelegt ist, sich besinnen, ob sie Schuld sein wollen, wenn das Ausland zum Angriff gereizt und ermuthigt wird, und wenn durch die hereinbrechende Kriegsfluth mit dem Hader und der Selbstzufriedenheit der Parteien auch der Frieden und das Glück des deutschen Volkes hinweggeschwemmt werden.

* Wie es heißt, arbeiten die Herren **Richter** und **Rickert** gegenwärtig an dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung einer **Reichseinkommensteuer,** welcher alsbald nach dem Wiederzusammentritt des **Reichstags** eingebracht werden soll. Ob wohl Grundzüge dieses Entwurfs Herrn **Windthorst** bereits vorgelegen haben?

* Ueber die letzten Stunden des **Fürstbischofs Dr. Robert Herzog** berichtet die „Schlesische Zeitung" das Folgende: „Das schwere Leiden des Fürstbischofs hatte schon am Donnerstag, den 23. d., eine sehr üble Wendung genommen, so daß man bereits in der Nacht zu Freitag, den 24. d., das Schlimmste befürchten mußte. Im Laufe des Freitag trat eine kleine Erleichterung ein, die jedoch in der Nacht zu Sonnabend, den 25. d., wieder völlig verschwand. In den frühesten Morgenstunden des Sonnabends lähmte ein Schlaganfall die rechte Seite des Kranken; etwa 24 Stunden später trat die Auflösung ein."

* Die **polnische** parlamentarische Fraction hat einen sehr schweren Verlust erlitten, eins ihrer bekanntesten Mitglieder, der Particulier Kasimir **Kantak** in **Posen,** ist, wie bereits telegraphisch erwähnt, an einem Lungenleiden im 63. Jahre gestorben. Kantak war Mitglied des constituirenden und des ersten norddeutschen Reichstages. Seit 1862 gehörte er dem Abgeordnetenhause an, wo er zuletzt den Wahlkreis Mogilno-Gnesen-Wongrowitz vertrat. Große rhetorische Fähigkeiten besaß der Verstorbene zwar nicht, aber das hinderte ihn nicht, bei jeder Gelegenheit für seine Fraction als Redner aufzutreten. Die Quintessenz aller seiner Reden war natürlich die, daß die polnische Sprache unterdrückt werde und die Rechte der Polen auf allen Gebieten geschmälert